



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Juli 2018

Der Bundesparteitag hat gearbeitet



Foto: Webseite der Partei

Redaktionsschluss für die August-Ausgabe:
Montag, 30.07.2018

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Bericht BMV 26.6.	S. 2
Beschlossener Antrag zum LPT	S. 4
Sozialberatung in Billstedt	S. 5
Termine / Kontakt	S. 6

Bericht von der Bezirksmitgliederversammlung zum Bundes- und Landesparteitag am 26. Juni

Trotz vieler Terminüberschneidungen kamen am 26. Juni ca. 20 GenossInnen zusammen, um die kürzlichen konstituierenden Tagungen des Bundes- und des Landesparteitags auszuwerten und zu entscheiden, wie wir mit der erneuten Nicht-Bestätigung unseres gewählten Vertreters für den Landesvorstand umgehen wollen.

Als Delegierter aus Hamburg-Mitte berichtete Kristian Glaser zunächst vom Bundesparteitag und entschuldigte vorab unsere zweite Delegierte Kerstin Fremder-Sauerbeck, die wegen einer Sitzung des Regionalausschusses nicht dabei sein konnte. Das sei aber insofern nicht so schlimm, da sie sich in Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung gut abstimmen konnten und es eine angenehme Zusammenarbeit gab.

Einleitend würdigte er die Tagung als Streitbar mit qualifiziertem Debattenniveau: „Es flogen mitunter die Fetzen, aber es kamen auch wieder alle zusammen.“ In dem medial hochstilisierten Streit um die sog. Flüchtlingspolitik einigte sich die Partei auf den **Dreiklang: Fluchtursachen bekämpfen, soziale Offensive und offene Grenzen**. Auf dieser Grundlage will sich die Partei auch erweitert dem Kampf gegen die AfD stellen.

Zu Beginn der Tagung hatten die Delegierten die Auseinandersetzung aus den Händen der „Spitze“ an sich genommen: Sie stimmten mehrheitlich für den alternativen Zeitplan vom bundesweiten Zusammenschluss „Geraer sozialistischer Dialog“, mit dem die Zeit für die Behandlung von Anträgen erweitert und dafür die Reden der Parteiprominenz gekürzt wurden. Im weiteren Verlauf der Konstituierung wurden die Einführung von Parteistrafen abgelehnt und ein Prozess zur Veränderung der Staffelung unserer Mitgliedsbeiträge eingeleitet - der nun darauf orientiert werden muss, dass soziale Unterschiede besser berücksichtigt werden.

Es folgte eine konzentrierte Debatte zum **Leitantrag**, also unserer programmatischen Orientierung für die nächsten zwei Jahre. Im Antragsheft befanden sich fast 180 Änderungsanträge (Zeugnis einer lebendigen Partei!), von denen viele noch vom Parteivorstand übernommen wurden und einige weitere vom Parteitag beschlossen. Im Ergebnis wurden

- die gesellschaftliche **Lage differenzierter analysiert** (statt es geht alles nach rechts),
- stärker **antikapitalistische Positionen** gefasst (z.B. positiver Bezug auf Oktober- und Novemberrevolution und bezahlbares Wohnen ist nur

möglich, wenn es dem Kapitalmarkt entzogen wird),

- die antiimperialistische Klarheit und Prominenz unserer internationalistischen **Friedensposition** ausgebaut (u.a. gegen die Russlandhetze und Frieden als dritter statt letzter Punkt von acht),
- der Akzent auf **außerparlamentarische Bewegung** gestärkt.

Auch einige Änderungsanträge aus Hamburg-Mitte sind in den Leitantrag eingegangen, so zur Kritik an der sozialen Spaltung, Aufklärung gegen rechts und der Schaffung von Zuversicht durch soziale Kämpfe. Der aus Sicht unseres innerparteilich linken Bezirksverbandes zum Guten veränderte Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

In der gleichen Richtung wurde auch der Friedensantrag „Abrüsten! – Deeskalation ist das Gebot der Stunde“ des Parteivorstands verändert und beschlossen, wobei ein Änderungsantrag aus Hamburg-Mitte nicht eingegangen ist - nämlich die Türkei unter Erdogan eine Diktatur zu nennen. Nicht behandelt und mittlerweile im Bundesausschuss zurückgezogen wurde der Antrag „Fragend schreiten wir voran“ des regierungssozialistischen FDS, nach dem das Erfurter Programm mit 50% Neumitgliedern überarbeitet werden und ständige Organe zur „Modernisierung“ der Partei geschaffen werden sollten. Insgesamt wurden knapp ein Dutzend in überwiegender Mehrheit zu begrüßender Resolutionen und Anträge beschlossen, die alle hier zu finden sind:
<https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/parteitag/leipziger-parteitag-2018/>

Bei den Wahlen des Parteivorstandes wurden Katja Kipping mit 64,5% (-9,5 vgl. mit 2016) und Bernd Riexinger mit 73,8% (-4,7%) wiedergewählt. Aus Hamburg wurden in den erweiterten Vorstand Christiane Schneider, Zaklin Nastic und Jan van Aken gewählt. Nicht gewählt wurden Cansu Özdemir und der inzwischen bei der Thüringer Regierungsfraktion tätige ehemalige Hamburger Landessprecher Rainer Bennecke. Unter dem o.g. Link sind auch alle Wahlergebnisse im Detail zu finden.

Zum Höhepunkt wurden die **Rede von Sahra Wagenknecht** (ebenfalls unter o.g. Link zu finden) und die daran anschließende 60 minütige Aussprache (die bei YouTube zu finden ist). In Richtung von Katja Kipping und Co. deutete Kristian die Rede als versöhnlich, was aber so nicht aufgefasst wurde bzw. werden wollte. Die über-

wiegende Mehrheit der Delegierten ließ sich dennoch nicht darauf ein, Sahra Wagenknecht zu verurteilen und forderte ein, den in die Medien getragenen **Machtkampf an der Spitze der Partei sofort zu beenden** und endlich solidarisch sozialistische Politik zu machen - wie dies an der Basis vielfach schon längst geschieht. Letztlich traten Partei- und Fraktionsspitze vor den Parteitag und zelebrierten Einigkeit. Es soll nun einen von der Basis her aufgebauten Prozess zur Diskussion der strittigen Frage der Arbeitsmigration geben.

In der Diskussion wurden einige Sorgen geäußert und sich um offensive Antworten darauf bemüht. So wurde neben der schlechten Medienberichterstattung (dagegen mögen Berichte wie dieser helfen) die Gefahr einer Parteispaltung durch die von Sahra Wagenknecht (trotz aller Einigkeit?) initiierte „Sammlungsbewegung“ aufgerufen. Dem wurde entgegen gehalten, dass es realen Streit gibt, weil hoher Druck auf der Partei lastet. Während Katja Kipping u.a. über die gesellschaftliche Konkurrenz hinweg gingen, beantworteten Sahra u.a. sie defensiv. Die dritte Position der Partei und Alternative zu dem Versuch, eine parlamentarische Mehrheit über eine Sammlungsbewegung herbeizuführen, wurde ausgemacht in der **Stärkung der Partei, der stärkeren gesellschaftlichen Parteinahme der Mitglieder und dem Ausbau der Sozialen- und Friedensbewegung - woran alle Menschen sich beteiligen können und sollen - egal woher sie kommen(!)**.

Außerdem aufgerufen wurde, dass der linke Antrag „Frieden in Europa – Schluss mit der Gewalt in Syrien und im Nahen Osten – Abrüstung in der Welt“ nicht beschlossen wurde, nachdem Jan van Aken hier eine Schwäche aufgreifend die Gegenrede gehalten hatte. U.a. daher wurde angemahnt, dass sich **Hamburger Kandidierende für den Parteivorstand** künftig der Hamburger Partei gegenüber vorstellen mögen, sodass eine produktive Zusammenarbeit realisiert werden kann.

Nach kurzer Pause ging es an die Behandlung der **Erklärung „Ausgrenzung ist keine Lösung!“** zur Politik des Bezirksverbandes DIE LINKE Hamburg-Mitte und der erneuten **Nichtwahl des von uns nominierten Vertreters für den Landesvorstand** Kristian Glaser. Nach der Einbringung von Christine Wolfram meldeten sich viele Genossinnen und Genossen empört zu Wort. Das BezirksvertreterInnenmodell schließe die Bestätigung als Selbstverständlichkeit mit ein, der Bundesparteitag zeige, wie wichtig der offene Streit für jede Einigung ist. In die Erklärung mit

aufgenommen wurden daher die folgenden beiden Sätze: *„Durch die Nichtwahl unseres Bezirksvertreters werden die knapp 300 Mitglieder in Mitte von der Meinungsbildung im Landesvorstand ausgeschlossen. Stattdessen muss die Zusammenarbeit zwischen allen Bezirken und der Landesebene ausgebaut werden.“*

Auf die Frage, wie die Delegierten aus anderen Bezirken zu überzeugen sind, gaben viele die Antwort: mit unserer guten Politik. Wir stehen im Einklang mit Programmatik und einer Vielzahl an Beschlüssen für einen gesellschaftlichen Oppositionskurs, für weitreichende, **positiv bestimmte Ziele mit dem klaren Fokus auf außerparlamentarische Bewegung** - und von dort aus für ein souveränes Verhältnis der Partei zu Wahlen und gegenüber ihren Fraktionen - mit Erfolg. Die geänderte Erklärung wurde schließlich einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen, sie ist auf Seite 4 zu finden. Wohlan!

Im Anschluss wurde die **Tagung des Landesparteitags** am Abend des 29.06.2018 vorbereitet. Der mittlerweile anwesende Landessprecher David Stoop verteidigte den Versuch, die verbliebenen Wahlen und sämtliche Anträge der Basis an einem Freitagabend zu behandeln. Viele Delegierte aus anderen Bezirken würden sich über lange Tagungen und die Vielzahl der Anträge beschweren, mit Disziplin in der Debatte sei das zu schaffen. Dagegen wurde eingewandt, dass immer mehr Menschen nach Jahrzehnten sozialer Verschlechterungen wütend sind („die Welt brennt“) und wir sehr stark gefordert, **die Wut nach links zu wenden**. Mit einem Delegiertenmandat übernimmt man diese Verantwortung und sollte sich darauf freuen, anderen Verantwortungsbewussten zu begegnen, sich zu beraten und daran teilzuhaben, die Welt zu verändern. Der Landesvorstand könne das Parteileben nicht an diejenigen knüpfen, die das nicht wollen.

Als Mitglied der Antragskommission sprach sich David (entgegen dem Beschluss der letzten BMV) dafür aus, die Debatte um **Rot-Rot-Grün auf Landesebene** zu vertagen, damit „die wichtigen Themen“ behandelt werden können. Dem wurde entgegnet, dass die Debatte um R2G tatsächlich abwegig ist, aber durch das Welt-Interview unserer Bürgerschafts-Fraktionsvorsitzenden aufgemacht wurde und die aktive Basis dieser Option *jetzt* eine Absage erteilen will, um bei den wichtigen Themen mit oppositioneller Politik voranzukommen - statt unversehens in einer Regierung zu landen.

Des Weiteren wurde problematisiert, dass bei der vergangenen Tagung die Stimmung und der Zeitplan verhagelt wurden durch den Versuch einer

Abgeordneten, einzelne GenossInnen aus den Gremien herauszuhalten. David wurde nachdrücklich nahegelegt dafür zu wirken, dass dies sich nicht wiederholt und dafür zu sorgen, dass die Antragskommission einen **Plan zur Bearbeitung der weiteren Anträge** vorab verschickt. Es wurde ohne Gegenstimmen bei einer Enthaltung beschlossen:

„Die Bezirksmitgliederversammlung der LINKEN Hamburg-Mitte fordert die Delegierten des Landesparteitages, insbesondere das Parteitagsspräsidium und die Antragskommission, auf, dafür Sorge zu tragen, dass die vorliegenden Anträge wirklich vom Landesparteitag diskutiert und beschlossen werden können. Alle diese Anträge thematisieren wichtige demokratische Anliegen und sind für die Klärung der Politik des Landes-

verbandes entscheidend.“

Zuletzt wurde unter Verschiedenes auf Anfrage vom Bezirksvorstand offen gelegt, dass er eine veränderte **Finanzierung der Stadtteilgruppen** beschlossen hat. Demnach sollen nur noch bis zu 100 Euro pro Quartal genutzt werden können und eine Handkasse auf Stadtebene die Finanzierung kleinerer Aufwendungen ermöglichen. Darüber soll bei der nächsten Sitzung des Bezirksvorstandes diskutiert werden, die turnusmäßig am Donnerstag, den 12.07. stattfinden wird.

Damit ging die Mitgliederversammlung nach intensiven Beratungen bei guter Diskussionskultur und mit produktiven Ergebnissen um kurz nach 22:00 Uhr zu Ende. Auf ein nächstes!

Alexander Benthin

Beschluss der Bezirksmitgliederversammlung DIE LINKE Hamburg-Mitte vom 26.06.2018:

Erklärung zur Politik des Bezirksverbandes DIE LINKE Hamburg-Mitte und zu der erneuten Nichtwahl des von uns nominierten Vertreters für den Landesvorstand

Ausgrenzung ist keine Lösung!

Der Bezirksverband DIE LINKE Hamburg-Mitte protestiert vehement gegen die Nicht-Bestätigung seines nominierten Vertreters für den Landesvorstand. Die dieser Entscheidung zugrundeliegende Personalisierung von Konflikten ist für die Praxis einer sozialistischen Partei eine Sackgasse.

Der Bezirksverband Hamburg-Mitte steht innerhalb der Partei DIE LINKE Hamburg für eine klare Oppositionsorientierung, offensive Friedenspolitik, hintergründige Kritik am rot-grünen Senat und das Formulieren alternativer Politikkonzepte zum Kapitalismus, die auf soziale Gleichheit, die Umverteilung des Reichtums von Oben nach Unten, Solidarität sowie ein respektvolles Zusammenleben aller Menschen ausgerichtet sind.

In den letzten Jahren hat der Bezirksverband Mitte sich gut entwickelt und durch seine entschlossene Politik sowie die gelungene Verbindung von Theorie und Praxis viele Menschen erreicht. Mit unserem Eintreten für eine andere, soziale Stadtentwicklung konnten wir zusammen mit BündnispartnerInnen zur Verhinderung von Kommerz-Olympia beitragen. Beim G20-Gipfel haben viele GenossInnen zum Gelingen von Protest und Gegenkultur beigetragen. In der täglichen Arbeit und mit zahlreichen Aktionen, Sozialberatung und Veranstaltungen erreichen die GenossInnen aus Mitte die Menschen.

Unsere Ziele, für die wir unter anderem arbeiten, sind der Stopp von Rüstungsexporten und -Produktion, Zivilklauseln für die Hochschulen,

gute Gesundheitsversorgung durch Rekommunalisierung der Krankenhäuser, ein Ende rassistischer Kontrollen, Aufklärung gegen rechts, humane Arbeit und soziale Rechte für alle Menschen, die in Hamburg leben wollen, eine gute Resozialisierung von Strafgefangenen, ausreichend dauerhaft verfügbare Sozialwohnungen, lebendige Stadteilkultur und vieles mehr. Indem wir engagiert für einen Politikwechsel eintreten und dafür zu Widerstand und Solidarität aufrufen, führen wir ambitioniert den „Kampf um die Köpfe“ für eine bessere Zukunft. Wir waren und sind mit unserer Politik auch bei den Europa-, Bundestags-, Bezirks- und Bürgerschaftswahlen erfolgreich. Opposition und verantwortungsvolle Politik gehören für uns zusammen, einer Regierungsbeteiligung stehen wir daher kritisch gegenüber. Mit dieser Politik überzeugen wir immer mehr Menschen und konnten neue GenossInnen gewinnen, mit uns zu kämpfen.

Das Prinzip der VertreterInnen der Bezirke im Landesvorstand ist sinnvoll, weil dadurch die unterschiedlichen Praxen und politischen Ausrichtungen der Bezirke eine Widerspiegelung in der Politikentwicklung des Landesverbandes finden. Eine plurale, demokratisch-sozialistische Partei kann ihre Ziele nur verwirklichen, wenn sie sich von unten nach oben aufbaut und alle Positionen im produktiven Streit zur Geltung gebracht werden können. Der Versuch, das BezirksvertreterInnenmodell abzuschaffen, wurde folgerichtig

vom letzten Parteitag zurückgewiesen. Damit wurde bekräftigt, dass die souveräne Bestimmung bezirklicher VertreterInnen durch die Bezirke selbst erhalten bleiben soll. Durch die Nichtwahl unseres Bezirksvertreters werden die knapp 300 Mitglieder in Mitte von der Meinungsbildung im Landesvorstand ausgeschlossen. Stattdessen muss die Zusammenarbeit zwischen allen Bezirken und der Landesebene ausgebaut werden.

Der Bezirksverband der Partei DIE LINKE Hamburg-Mitte hat sich erneut mehrheitlich für Kristian entschieden, da er dafür steht, die oben genannte

Politik in kontinuierlicher Rücksprache mit den Mitgliedern im Bezirksverband zu entwickeln. In diesem Sinne wollen wir mit ihm als Landesvorstandsvertreter arbeiten. Die Bestätigung der aus den Bezirken nominierten VertreterInnen für den Landesvorstand muss in unserer pluralen linken Partei endlich wieder zu einer Selbstverständlichkeit werden. Wir bekräftigen daher hiermit die Wahl von Kristian Glaser zum Vertreter des Bezirksverbands Hamburg-Mitte im Landesvorstand und fordern die Delegierten des Landesparteitags dazu auf, ihre Entscheidung zu korrigieren.

Offene Sozialberatung: Hilfe zur Selbsthilfe in Billstedt

Voller Erfolg bei unserem offenen Austausch und Beratung zum Thema Hartz IV und anderen sozialen Belangen. Mit 80 bis 100 Menschen frühstückten wir gemeinsam und besprachen einige Themen in offener Runde. Dabei ging es bei der Veranstaltung darum, die BewohnerInnen in Billstedt noch einmal kennenzulernen und Ihnen unsere SozialberaterInnen vorstellen zu können.

Die Veranstaltung hat dabei neben dieser sozialen Komponente, ein sehr politisches Hauptziel. Denn viele BesucherInnen sind von Sozialleistungen des Staates abhängig und kennen die Probleme von Kürzungen, Sanktionen und anderen Schikanen.



Wir wollten Ihnen zeigen, dass sie Rechte haben, mit dem Wahlkreisbüro von Mehmet Yildiz einen Anlaufpunkt haben und schlussendlich, die Hilfe zur Selbsthilfe der Schlüssel gegen die immer härter werdenden Strafen der Sozialbehörden ist.

Viel Redebedarf gibt es bspw. bei den neuen Regelungen bei der Grundsicherung; in einigen Job-Centern müssen die Anträge nun monatlich erfolgen! Dies ist zum einen ein enorm hoher Arbeits-

aufwand für die BehördenmitarbeiterInnen, als auch eine unheimlich mentale Belastung der Betroffenen, die nun jeden Monat aufs neue „BittstellerInnen“ werden.

Nach den zum Teil sehr politischen und persönlichen Debatten, wurde das Ende der Veranstaltung abgerundet durch eine Theateraufführung von den "Frauen mit Mut e.V.". Ich danke den zahlreichen HelferInnen und den anwesenden Juristen und Sozialberatern!

Der nächste Termin mit offenem Austausch und Beratung fand in Kirchdorf Süd (Wilhelmsburg) am Sonntag den 17.6 um 11-13 Uhr in dem Freizeithaus Kirchdorf Süd im Stübenhofer Weg 11, 21109 Hamburg statt.

Mehmet Yildiz/Yann O. Chaudesaigues
(auch Fotos?)

*Die Sozialberatung findet **regelmäßig** statt am Montag und Donnerstag von 13 bis 15 Uhr im Abgeordnetenbüro statt.*

Im Anhang zu dieser Ausgabe der Einladungsflyer dafür. -red

Termine in (und für) Mitte

Mittwoch, 11.07., 18 Uhr

„Initiative für die Aufklärung des Mordes an Süleyman Taşköprü“: **Kundgebung und kurze Demonstration** durch Altona. Das Urteil in München darf zu keinem Schlusstrich unter dem NSU-Komplex werden.

Alma-Wartenberg-Platz, Altona

<https://www.aufklaerung-tatortschuetzenstrasse.org/>

Donnerstag, 12.7., 18:30 Uhr

Sitzung des Bezirksvorstands

Fraktionsbüro Borgfelder Straße 83

Samstag, 14.07., 14 Uhr

Demonstration des Hamburger Bündnisses gegen Rechts

 durch die Innenstadt

Mit dieser Demonstration wollen wir deutlich machen, dass mit der Urteilsverkündung kein Schlusstrich unter die Auseinandersetzung mit dem NSU-Komplex gezogen werden darf.

Auftakt: **Hansaplatz**, St. Georg

<https://www.keine-stimme-den-nazis.org>

Montag, 16.07., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel** Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 18.07., 19:00 Uhr

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde

Büro Borgfelder Straße 83

Samstag, 28.07.2018, ab 13.00 Uhr

DIE LINKE: Das Kinderfest

Ort: Freizeithaus Kirchdorf-Süd

August 2018

Mittwoch, 01.08., 18:30 Uhr

Treffen der BO Billstedt

Büro Billstedter Hauptstraße 76
(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Mittwoch, 01.08. 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg** GW, Hansaplatz 9

Samstag, 04.08.2018, ab 15.00 Uhr

Grillen im alten Bahnhofsviertel

Parkanlage Wittestraße/ Keindorfstraße

Montag, 06.08., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel** Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 15.08., 19:00 Uhr

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde

Büro Borgfelder Straße 83

Montag, 20.08., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel** Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Regelmäßig Montag und Donnerstag, jeweils von 13 bis 15 Uhr:

Sozialberatung im Abgeordnetenbüro Mehmet Yildiz, Billstedter Hauptstraße

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.

Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck

fremdes@gmx.de

Bitte beachtet auch die Termine im Inneren dieser Ausgabe.

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Marvin Deutschländer		
Alexander Götz (Schatzmeister)		
Theresa Jakob		
Eva Rosanski		
Antje Schellner		
Marinus J. Stehmeier		
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX